Zeitschrift: Jährliche Rundschau des Deutschschweizerischen Sprachvereins
Herausgeber: Deutschschweizerischer Sprachverein
Band: 21 (1925)

Artikel: Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland
Autor: Blocher, Eduard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-595166

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland.

Was vor 21 Jahren zur Gründung unseres Sprachvereins geführt hat, war die Beobachtung, daß unsere deutschen Landsleute dem Eindringen fremden Wesens in unser Sprachleben bedauerlich wenig Widerstand entgegensetzten. Heute ist es damit schlimmer geworden, nachdem man in den Jahren vor dem Weltkrieg eine gewisse Besserung hatte feststellen können. Wir glauben wohl, daß im ganzen unser Volkstum noch gesund ist, aber in der amtlichen und in der Geschäftswelt ist der Wille, der deutschen Schweiz ihr deutsches Wesen zu erhalten, bedenklich gering. Der Stolz der Schweizer, die in frühern Jahrhunderten ihr deutsches Wesen stets als ihre Eigenart betonten und herausstrichen, hat der Anpassungsfähigkeit und der Furchtsamkeit des klugen Geschäftsmannes Platz gemacht, der um allfälligen, um erhofften Gewinnes willen bereit ist, sich in fremde Gewänder zu stecken und sich — das gilt von den Männern der Politik und Verwaltung — von den herrschenden Strömungen tapfer mitziehen zu lassen. Von geistiger Ueberfremdung wird wohl auch einmal klagend geschrieben und geredet, aber Nationalrat Bopp meint in einem trefflichen Aufsatz seiner „Bülach-Dielsdorfer Wochenzeitung" (18. August): „Ich habe stark das Gefühl, daß sich der Jammer wegen geistiger Ueberfremdung nicht so sehr nach der welschen wie nach der deutschen Seite richtet" .... Weiter heißt es dann: „Man sehe sich doch einmal unsere Zeitungen an, die eine Menge der dümmsten, kaum selber verstandenen Fremdwörter gebrauchen, eine Menge fremder Begriffe und Uebungen pflegen, ohne des Blödsinns auch nur inne zu werden, um gleich nebenbei großartig gegen die geistige Ueberfremdung zu blaguieren! Als ob ihr Pinsel und ihre Schere nicht internationale Fabrikate wären." Hat der Mann nicht recht? Und doch: die Presse folgt eigentlich dabei nur dem Geschäftsgeist, der sich überall in Handel und Wandel verwüstend breit macht. Es lohnt sich schon bald nicht mehr, den Einzelheiten nachzugehen. Dieselben Geschäfte, die jeden Herbst in ihren Schau-

fenstern Schweizerwoche treiben, hängen Reklameplakate in englischer Sprache aus, die nun eben doch von der Großzahl der Schweizer nicht verstanden werden und nicht mit der Mehrsprachigkeit unseres Landes entschuldigt werden können; ein deutschbernisches Geschäft verkauft nach Zürich Zwiebacke in Verpackungen, die nur französische Aufschrift enthalten, kein Wort in unserer, der in Zürich üblichen Muttersprache seiner einheimischen Kundschaft, daneben aber noch die Angabe des Gewichtes ausschließlich englisch und in der uns völlig fremden Einheit: Net weight 0,65 oz.

Wie sonderbare Dinge muß man oft lesen: Die „Neue Zürcher Zeitung" (14. August) spricht von dem „originellen romanischen Einschlag, der jedem Ankommenden in der Bundesstadt angenehm auffällt" — ich bitte, an das Umgekehrte zu denken: würde wohl die „Gazette de Lausanne" über Neuenburg oder Delsberg schreiben: ce charmant je ne sais quoi qui vous rappelle que vous êtes ici dans un pays quelque peu germanisé....? Gewiß, die Stellung des deutschschweizerischen Blattes ist weitherziger, vornehmer, vorurteilsfreier als der welsche Standpunkt; aber wenn man daran denkt, daß dieselbe Zeitung gelegentlich von den deutschen Ladenschildern in den Tessiner Städten geschrieben hat, sie störten das Landschaftsbild, so muß man die Sache eben doch anders beurteilen: als Bevorzugung des Nichtdeutschen um jeden Preis. Bei einem Teil unserer Gebildeten herrscht die Neigung dazu wirklich vor. Den deutschen Schweizern kann eine gemeinnützige Monatsschrift („Pro Juventute") sich empfehlen mit den Worten: „Sie weckt und erhält die Lust und Liebe zur Pflege der andern beiden nationalen Sprachen, indem rund 40 bis 45% (! Bl.) des Textinhaltes den französisch und italienisch redenden Miteidgenossen eingeräumt sind. Gerade deshalb wird sie von vielen abonniert und gelesen." Dazu bildet wieder ein seltsames Gegenstück, daß der in Winterthur erscheinende „Landbote" (15. und 29. Juli) das Bestehen einer deutschen Zeitung im Tessin bedauerlich findet und von der Einwanderung deutscher Schweizer in die italienische Schweiz in Ausdrücken spricht, die wir bedauerlich und noch etwas mehr finden.

Erfreulich ist dagegen, daß es immer wieder Blätter gibt, die auf das Unschöne und Unsinnige der Fremdwörterei zu sprechen kommen. Die tapfere „Bülach-Dielsdorfer Wochenzeitung" haben wir schon erwähnt; ihr Nachbar, der „Lägern-Bote", der (am 4. Wintermonat 1924) gegen die Auswüchse der Sportsprache (Matsch,

Goal, Rekord) zu Felde zieht, sei ebenfalls nicht vergessen. Am 5. Herbstmonat letzthin brachte der Zürcher „Tages-Anzeiger" eine fröhliche Plauderei aus dem Nachrichtenblatt der Schweizerischen Bundesbahnen (Nr. 8), worin wieder einmal gezeigt wird, wie schwer es dem gemeinen Mann wird, selbst mit den gewöhnlichsten Fremdwörtern richtig umzugehen, wie diese recht eigentlich eine Falle für ihn sind: Solidität und Solidarität werden verwechselt, für vakant wird vaggant oder verkannt geschrieben. Unbrüderlich ist es, daß wir Gebildete, daß die Verwaltungen den Mann aus dem Volke ohne Not so aufs Glatteis führen. Möchte nur die Presse sich dieser Sache, der Sache des gemeinen Mannes und zugleich der Muttersprache und des guten Geschmackes fleißiger annehmen. Und möchten besonders die großen Zeitungen nicht gar zu sehr in Fremdwörtern machen. Wozu dem Leser nicht sagen, daß im Kanton Luzern eine Schule wegen starker Verbreitung der Rückenmarkslähmung oder Kinderlähmung geschlossen worden ist, statt ein Wort zu gebrauchen, das auch die gebildeten Leser nur zum kleinern Teil verstehen: spinale Lähmung? Und — ich sprach eben vom guten Geschmack — weshalb schreibt dasselbe Basler Blatt in derselben Nummer den griechischen Namen eines deutschen Gedichtes, das der gut national deutsch gesinnte Heinrich Leuthold von Wetzikon im Zürcher Oberland geschaffen hat, Penthesiléa mit accent aigu auf dem e? Die Leser von Saint-Louis und Michelbach-le-bas hätten es auch ohne den dummen Strich richtig verstanden. Oder sollen wir angeleitet werden, künftig Pangthesilea auszusprechen?

Aber nicht nur Fremdes in die Heimat einzuschleppen, sondern auch Heimisches als fremd zu behandeln oder zu erklären, ist eine weit verbreitete deutsche Schweizerkrankheit. Das zeigt z. B. eine kleine wissenschaftliche Auseinandersetzung über den Namen Matterhorn in der Zürcher Presse: Ein bekannter Gelehrter teilt den Zürcher Lesern erfreut mit, ein Italiener leite den Namen „einleuchtend" von einem lombardischen Mundartworte matero ab. Nachher weist mit Recht ein Einsender auf die höchst einfache Tatsache hin, daß das Matterhorn sich über dem Dorfe zer Matt (Matt heißt es noch auf älteren Landkarten) erhebe und keiner italienischen Namendeutung bedürfe. — Soll hier nun das alte Ortsnamenelend wieder aufgedeckt werden, etwa erwähnt werden, daß im Handelsteil der „Neuen Zürcher Nachrichten" (8. Brachmonat 1925) Chur französisch als Coire aufgeführt wird? Immer wieder: man

denke sich im „Courrier de Genève" die Mitteilung, zum Verwaltungsrat einer Bahn sei Charles Bovet, directeur à Pruntrut ernannt worden. Bemerkt sei hier, daß im Gebrauch ausländischer Ortsnamen die Herausgeber von Kursbüchern zuweilen in einer Zwangslage sind. Deutsche Kursbücher, die die deutschen Namen Eger, Reichenberg, Prag an erste Stelle setzen und die Vertschechungen bloß in Klammern dahinter, dürfen in Böhmen nicht verkauft werden.

Das Verhältnis der verschiedenen Sprachgemeinschaften („Nationalitäten") zueinander gab im verflossenen Jahr wieder etwas mehr Anlaß zu Erörterungen als sonst. Nicht sehr viel Gewicht kommt den Klagen zu, die ein Herr Girardin in der welschen Presse über die drohende Verdeutschung des Berner Juras erhebt (in der „Gazette de Lausanne", abgedruckt im „Effort" von Chauxdefonds vom 16. März). Er beschwert sich über die Gründung eines deutschen Blattes im St. Immertal und über die große Zahl der Deutschschweizer in St. Immer, die „à la faveur du régime" sich da niedergelassen hätten, über die Zahl der deutschen Pfarrämter, deren es — on ne sait pourquoi — in Pruntrut, Delsberg, Münster, St. Immer, Corgémont je eines gebe. Ja, haben wir denn im Kanton Bern nicht Freizügigkeit? Und wenn es denn in St. Immer so viele Deutschberner gibt, sollte nicht am Ende das der Grund sein, weshalb es dort auch einen deutschen Pfarrer gibt? Wenn in Schaffhausen, Winterthur und Luzern französisch gepredigt wird, darf da nicht am Ende auch in Delsberg deutsch gepredigt werden? Wenn der ganz deutsche Kanton Zürich neuerdings die Lasten des französischen Pfarramtes in Zürich auf Staatskosten übernimmt, damit die kantonsfremden Welschen ihre Prediger nicht selbst zu bezahlen brauchen, darf da der Kanton Bern nicht auch für seine eigenen Leute im eigenen Kanton Pfarrämter errichten? Immer noch zweierlei Maß und Gewicht, wie vor dem Kriege, liebe Gazette?

Etwas Wetterleuchten gab es auch im Wallis („Tagblatt der Stadt Zürich" vom 21. März, „Basler Arbeiter-Zeitung" vom 27. März). Bei den Regierungsratswahlen war ein Sitz zwischen einem Deutschen und einem Welschen umstritten. Das gab den Welschen Anlaß, den Ausbruch eines Rassenkampfes zu erklären und dabei mit der Heftigkeit dreinzufahren, die bei solchen Anlässen den romanischen Nationalisten aller Länder eigen ist. Aber es ging vorüber wie der Wahlkampf selbst.

Als Anzeichen dafür, daß nicht überall alles zum besten bestellt ist, sei hingewiesen auf Klagen im „Eisenbahner", dem Blatt der Bahnangestellten (Nrn. 6, 7, 8, 21, die letzte vom 22. Mai), über parteiische Behandlung der deutschen Angestellten im ersten Bundesbahnkreis, dem nun die Juralinien bis Basel, sowie die Strecken Biel-Bern und Bern-Thun angehören. Solchen Aeußerungen von persönlich Beteiligten in einem Fachblatt kommt mehr Gewicht zu als denen der Tagespresse. Wir denken, der „Eisenbahner" werde von denen gelesen, die da Abhilfe schaffen können. Darum: bloße Erwähnung.

Viel wichtiger als alles bisher behandelte ist aber die Frage der deutschen Schulen im Tessin und die kürzlich angeregte Frage französischer Schulen in Bern. Im Tessin gibt oder gab es schon lange einige deutsche Privatschulen; dazu einige von der ehemaligen Gotthardbahn für ihre Angestellten gegründete deutsche Schulen, deren Unterstützung dann mit den übrigen Verpflichtungen der Bahngesellschaft an die Bundesbahnen übergegangen ist. Alle diese Schulen waren von jeher vielen Tessinern ein Dorn im Auge. Für die Bahnschulen konnten sich die Italianissimi auf die Bundesverfassung berufen, die das Volksschulwesen als Kantonssache erklärt, und der Oeffentlichkeit konnte man vormachen: Seht da, die Eidgenossenschaft setzt uns deutsche Schulen auf den Hals, entnationalisiert uns. Ganz unverständlich sind diese Klagen nicht, aber doch völlig unberechtigt, wenn man bedenkt, daß die Bundesbahnen eine in Geldsachen von der Eidgenossenschaft gänzlich getrennte Körperschaft bilden, und wenn man die Entstehung der Schulen bedenkt. Merkwürdig aber ist folgendes: die Tessiner Regierung stellt in Anbetracht der kritischen Lage des Kantons eine Anzahl Klagen und Begehren an den Bundesrat, um Entlastung und Erleichterungen für die Bevölkerung des abgelegenen und armen Kantons zu verlangen, und unter diesen Begehren findet sich das nach Abschaffung von Schulen, die den Kanton und die Gemeinden entlasten! Bereitwillig gingen die Presse der ganzen Schweiz und die Bundesbehörden auf alles ein, und man redete dabei offen von der Gefahr des Irredentismus, ohne zu bemerken, daß man ja damit den Tessiner Begehren das Brandmal eines Erpressungsversuchs aufdrückte, worauf allerdings die Form, die den Wünschen des Kantons gegeben worden ist — „Forderungen", rivendicazioni — zu deuten scheint; denn Forderungen haben die Kantone

an die Eidgenossenschaft nicht zu stellen! Das Schulbegehren, das uns näher berührt, bewilligte der Bundesrat; die Presse äußerte bei uns einiges Bedauern, da und dort auch Widerspruch, aber nicht in einer Stärke, die die Abschaffung der deutschen Schulen hindern konnte. Daß man diese nun nicht plötzlich eingehen läßt, sondern langsam, innerhalb 5 Jahren abbaut, geschah nicht den betroffenen Familien zuliebe, sondern auf Wunsch der Stadt Bellenz, die doch auch Zeit haben muß, sich auf die Uebernahme der deutschen Schüler einzurichten. Nun wären die deutschen Schulen im Tessin nur zu retten, wenn es gelänge, sie als reine Privatschulen ohne alle Bundeshilfe weiterzuführen. Und da stehen wir nun eben vor der Tatsache, daß in der Schweiz niemand für dergleichen die nötigen Opfer bringen will. Schulvereine gibt oder gab es bei Reichsdeutschen, Slowenen, Polen, Dänen, Balten und andern Völkern, — bei uns ist für dergleichen kein Verständnis. Die verhältnismäßig reinlichen Sprachgrenzen in unserm Lande, der allseitige, jedenfalls bei der deutschen Mehrheit allseitige Wunsch, diese Sprachgrenze, den sprachlichen Besitzstand nicht anzutasten, die — ich muß wieder sagen: bei der deutschen Mehrheit lebendige und bewußte — unbedingte Bevorzugung des Staatsgedankens, der uns deutschen Schweizern über jedem andern steht, machen es unmöglich, für Minderheitsschulen größere Mittel aufzubringen. Solange es nicht zu Minderheitsschulen auf deutschem Sprachboden kommt, kann uns als vaterländisch und gerecht denkenden Schweizern der Zustand recht sein, so leid uns unsre deutschen Eidgenossen im Tessin tun und so gern wir ihnen helfen möchten. Aber bedauern dürfen wir es doch, daß der deutsche Schweizer nichts für seine Sprache und sein Volkstum tun will, als etwa bei Trachten- und Volksfesten damit in unschweizerischer Weise zu protzen.

„Solange es nicht zu Minderheitsschulen auf deutschem Sprachboden kommt" — habe ich eben als Voraussetzung unseres Einverständnisses gesagt. Aber wie steht es damit? Ich bin überzeugt, daß in einem dem Tessiner Fall entsprechenden umgekehrten Fall, der etwa französische Schulen in Basel oder Luzern beträfe, welsche Kantone in aller Stille ihre Landsleute aus öffentlichen Mitteln unterstützen würden. Aber mit bloß erdachten Fällen will ich nichts beweisen. Dagegen sind während des Baues der Simplonbahn in Brig und Naters italienische Schulen mit Unterstützung des Kantons und der Bahngesellschaft gegründet worden, und nicht einmal die Lehrer

waren Schweizer. Und im Kanton Bern bestehen längst französische Schulen in dem früher ganz deutschen Biel und in seinen noch heute deutschen Nachbargemeinden (z. B. Bözingen), — staatliche Schulen.

Aber das Merkwürdigste ist: kurz nach der Erledigung der Tessiner Begehren liest man, daß die welschen Vereine in Bern für die dortigen Welschen eine französische Schule verlangten und dafür in einer Eingabe an den Bund einen Beitrag begehrten, also von demselben Bunde, der soeben seinen Beitrag an die deutschen Schulen im Tessin als verfassungswidrig hat streichen müssen. Das war denn doch dem einfältigsten Michel zu stark; uns ist bis heute nicht eine Stimme zu Gehör gekommen, die das Berner Gesuch gebilligt hätte, und sogar die von Rittern der Ehrenlegion geschriebene „Gazette de Lausanne" hat gefühlt, daß diesmal etwas nicht in Ordnung sei, und zurückgepfiffen. Als amtliche (bundesrätliche) Aeußerung zur Sache dürfen wir einen Artikel im „Bund" vom 12. August ansehen. Der mit den leicht deutbaren Buchstaben W. B. zeichnende Verfasser lehnt das Begehren des Comité fédératif romand mit Hinweis auf Bundesverfassung Art. 27 bis ab. Der Bundesbeitrag ist damit wohl abgetan. Aber nun fährt der Verfasser fort:

Wenn der Bund es aber bis jetzt nicht getan hat, so hatte er dafür, vielleicht unbewußt, noch einen andern, tiefern Grund. Indem er nämlich den sprachlichen Minderheiten besondere Schulen gründet, greift der Bund nicht nur in die kantonale Organisation der Schulen ein, er greift auch ein in das Verhältnis der Landessprachen und damit der Kulturen zueinander, und zwar in einer Weise, welche den guten, festen Ueberlieferungen widerspricht.

Auf welchem Grundsatz beruhte bis heute dieses Verhältnis? Auf dem Grundsatz, daß jeder Ort, jeder Kanton, jede Gemeinde die angestammte Sprache in allen öffentlichen Einrichtungen behalte und daß neue Ansiedler sich dieser Regel unterziehen müssen; es ist der Grundsatz der Territorialität, der wohl manche Härten zur Folge haben mochte, aber im ganzen eine gerechte, friedliche und klare Auseinandersetzung ermöglichte, viel besser als der Grundsatz der Personalität mit gemischten Sprachgebieten, wie er in andern Staaten mit viel Mühe und Streit praktiziert wird. Das ist zwar nirgends in der Verfassung geschrieben, aber es war ein stillschweigender Pakt zwischen unsern Volksstämmen, der deshalb nicht weniger wichtig ist, und den wir allerseits bis jetzt gehalten haben. Wir Deutschschweizer haben nicht gemurrt, als Tausende unserer Sprachgenossen in Kantonen und Städten, wo sie starke Minderheiten bildeten, die französische Schule besuchen mußten; im Vertrauen darauf, daß man uns Gegenrecht halten werde. Wir haben jener Vereinbarung gemäß nicht protestiert, als die deutschen Schulen im Tessin vom Bunde preisgegeben, als die deutschsprechenden Berner im Jura für ihre isolierten Siedelungen keine deutschen Schullehrer mehr erhielten. Jetzt aber erwarten wir, daß man uns das gleiche gewähre. Bern ist deutscher Sprachboden von jeher und soll es bleiben; unsere deutsche Sprache und Art sind uns ebenso lieb und teuer, wie den Miteidgenossen ihre romanische. Man lasse jedem das Seine und messe nach gleichem Maß. Gebildete Familien, wie es die meisten hier in Betracht kommenden Beamtenfamilien sind, können ja leicht im Hause (der Schreibende spricht aus Erfahrung) neben einer guten deutschen Schulung die Liebe zur eigenen Sprache nnd ihrer Literatur warm halten, namentlich in Bern. Wenn man von uns die Preisgabe lokaler Schulen,

die ohne allen Einfluß auf das Kulturleben der Landesgegend geblieben wären, verlangt hat, können wir nicht zugeben, daß im Mittelpunkt unseres geistigen Lebens, in der Hauptstadt, mit Staatsmitteln fremdsprachige Schulen errichtet werden, die einen unvergleichlich viel größern Einfluß ausüben und den Anfang einer Bewegung bilden werden, deren Ausdehnung und Tragweite nicht zu überblicken ist. Es unter diesen Umständen zuzugeben, wäre unrühmliche Schwäche."

Das wird im allgemeinen die Stimmung im Schweizerlande wiedergeben und ist insofern trefflich gesprochen. Wir wollen nun aus dem in und um Biel bereits erfolgten kleinen Bruch des auch von W. B. geforderten Gegenrechtes keine große Angelegenheit machen, hat doch früher und auch jetzt wieder der Kanton Bern zwerghaft kleinen deutschen Bauernschulen der Täufer im Jura Beiträge verabfolgt (allerdings noch öfter solche verweigert und die größte Zahl der deutschen Juraschulen eingehen lassen). Aber das Comité romand erklärt in einer sanften Beschwichtigungsantwort an W. B. („Bund" vom 18. August), daß man sich vor der Hand mit einer Privatschule begnügen werde. Doch nur vor der Hand, und doch vor der Hand auch ein Bruch des Gegenrechtes, das W. B. als Deutschschweizer fordert, aber auch anbietet! Das Gesuch an Stadt und Kanton Bern um Unterstützung oder gar Uebernahme der „vor der Hand" privaten Schule wird ja wohl zu gelegenerer Zeit gestellt werden, und mit der bernischen Verfassung läßt es sich nicht abweisen, sondern nur mit den politischen Erwägungen des Herrn W. B. Es wird sich dann zeigen, ob diese Gedanken in unserem öffentlichen Leben stark genug sind, um den gefährlichen Uebergang vom „Territorialprinzip" zum „Personalprinzip" zu verhüten (ich gebrauche die Bezeichnungen des Herrn W. B.). Ist einmal eine tüchtige Bresche gelegt in die Ueberlieferung, so öffnen sich weite Ausblicke: Minderheitenbildung, Sprachinseln und vielleicht jene Sprachenkämpfe, die der Schweiz bisher ziemlich erspart gewesen sind: französische Schulen in Bern, in Thun, in Burgdorf, dann aber auch deutsche Schulen in Delsberg, in St. Immer, in Pruntrut, Minderheitsschulen in Brig, in Leuk, in Sitten, in Murten, in Freiburg, lärmende Beratungen in den Großen Räten zu Bern, Freiburg, Sitten, Parteinahme der welschen Kantone usw. Die Schweiz steht am Scheidewege.

Hier ist der Ort, auf ein Buch hinzuweisen, das in diesem Jahr erschienen ist: Die vielsprachige Schweiz, von Hermann Weilenmann (Basel, im Rheinverlag). Es gibt uns in bisher nicht dagewesener Weise Auskunft über die Sprachverhältnisse in

der Vergangenheit (bis 1848). Der Standpunkt des Verfassers ist nicht ganz der unsrige; Weilenmann kommt nicht über die landläufigen, etwas platten Auffassungen der sprachlichen Angelegenheiten hinaus. Aber sein im allgemeinen nicht phrasenhaft geschriebenes Werk hat Wert als Quelle, aus der sich schöpfen läßt, es ist als solche willkommen.

Ich gehe zum Ausland über und beginne mit der — Schweiz. In der Schrift des hallischen Professors Karo, Der geistige Krieg gegen Deutschland (Halle 1925) liest man auf S. 8, daß auf der Internationalen Tuberkulosekonferenz in Lausanne (5. bis 7. August 1924) die deutsche Sprache ausgeschlossen worden sei. „Und es ist bezeichnend", fährt der Verfasser fort, „daß die „Basler Nachrichten" darin höchstens eine Unhöflichkeit gegenüber den Deutschschweizern erkennen, denen es auf diese Weise verunmöglicht wurde, in ihrem eigenen Lande ihre Muttersprache zu sprechen. Das deutschschweizerische Blatt rechtfertigt diese Unhöflichkeit damit, daß die italienischen Schweizer ja auch nicht in ihrer Muttersprache hätten reden können, und billigt es, daß Professor Sahli (Bern) in Lausanne einen Hauptvortrag auf französisch hielt. Die Schweiz hat auch in einem andern Falle sich von der Haltung der nordischen Neutralen gelöst. Am 10. Januar 1925 hat die Königlich Dänische Akademie der Wissenschaften bei der Société Helvétique des Sciences naturelles in Lausanne angeregt, die Neutralen möchten eine Satzungsänderung des Forschungsrates beantragen, um der Ausschließung der Mittelmächte ein Ende zu machen und den verschiedenen dem Rat unterstellten Vereinigungen bei der Zulassung von neuen Mitgliedern eine größere Freiheit zu geben. Denn die dänische Akademie sei seinerzeit der großen überstaatlichen Organisation in der Hoffnung beigetreten, auf diese Weise am besten der Versöhnung der früher feindlichen Staaten dienen zu können. Die Schweizer haben den zweiten Vorschlag abgelehnt und den ersten dahin abgeändert, daß nur solche Länder eingeladen werden sollten, die dem Völkerbund angehören." Soweit Prof. Karo.

Ich füge zur ersten Angelegenheit bei: Es hätte den deutschen Schweizern in Lausanne wohl angestanden zu erklären: schweizerische Art sei es, bei Zusammenkünften auf Schweizerboden den Gebrauch der drei Landessprachen freizugeben, die Verweigerung dieses Rechtes würde vom Schweizervolk als eine Unbilligkeit empfunden. Zum zweiten Fall frage ich: Was bedeuten die vielen amtlichen Reden

über die völkerversöhnende Mission der Schweiz? Bedeuten sie, daß die Schweizer in jedem Einzelfall tapfer mit der mächtigern Gruppe gegen die Unterlegenen gehen, auch dann, wenn andere kleine Völker uns einladen mit ihnen den Weg der Versöhnung zu gehen? Beide Fälle sind für uns überaus beschämend.

Man wünscht zuweilen die Zeiten zurück, wo die übernationale, weil tote und zugleich durch die kirchliche Ueberlieferung geweihte lateinische Weltsprache im Verkehr der großen Welt gebraucht werden konnte. Aber die Zeiten kehren wohl nicht wieder. Sollte es mit einer künstlichen Weltsprache gehen? Es sieht auch nicht darnach aus. Die Weltspracheleute sind unter sich uneins. Ido und Esperanto bekämpfen sich aufs heftigste, und eben diesen Sommer ist ein Einigungsversuch gescheitert („Berner Tagblatt" vom 27. August). Also auch da steht kein Erfolg in Aussicht.

Nennen wir hier als kleine Fortschritte in der Wertschätzung oder als Wiedereinsetzung unserer Muttersprache in ihre alten Rechte die Gründung einer deutschen Schule in Moskau (Berliner „Vorwärts" 5. Christmonat 1924), die Einführung des deutschen Unterrichts als Faches in Bulgarien („Tagblatt der Stadt Zürich", 11. Brachmonat) und den merkwürdigen Entscheid eines amerikanischen Gerichtes, der den Gebrauch der deutschen Sprache in der Schillerloge gegen die Großloge der Freimaurer in Neu-Jersey schützte („Breisgauer Zeitung" vom 16. Hornung).

Das Schicksal der deutschen Sprache in Europa hängt zusammen mit der Entwicklung, die das Recht der Minderheiten (oder Nationalitäten) nimmt. Wir haben in der Rundschau der letzten Jahre immer wieder darauf hingewiesen, welch wichtige Angelegenheit für den Frieden Europas das ist, haben indessen zugleich immer auch wieder darauf hingewiesen, daß Regierungen und Völker — womit hier die politisch tätigen Teile der Völker gemeint sind — noch weit entfernt sind, Vernunft anzunehmen. Trotz hundertfacher mißlungener Versuche im alten Europa glaubt man, es sei möglich, einem Landes- oder Volksteil seine angestammte Umgangssprache abzugewöhnen und die herrschende fremde Staatssprache aufzudrängen. Die Nationalisten aller Volksvertretungen trauen der Schönheit und Anziehungskraft ihrer Sprache, ihrer Dichtung und ihres übrigen Schrifttums, der Größe ihrer vaterländischen Vergangenheit und der Macht ihrer Gesetzgebung die Fähigkeit zu, die Sprachgrenze an die Landesgrenzen vorzuschieben. Heute kann ich

von einem Staate berichten, in dem jetzt ein beachtenswerter Versuch gemacht wird, zum Sprachenfrieden zu gelangen: es ist Estland. Am 5. Hornung hat die Volksvertretung endgültig ein „Gesetz über die Kulturselbstverwaltung der völkischen Minderheiten" angenommen. (Darüber „Elsaß-Lothringische Heimatstimmen", Berlin, 3. Jahrgang, S. 282; „Der Auslanddeutsche", Stuttgart, vom 21. Mai 1925, S. 20; Wortlaut des Gesetzes in den „Deutschen Politischen Monatsheften aus Großrumänien", Hermannstadt, Mai-Juliheft 1925, S. 12). In der Begründung (den „Motiven") des Gesetzes heißt es: „Wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staatsbürger gelten soll, so müssen die zu einer Minderheit gehörigen Staatsbürger, die den Willen und die Fähigkeit zu kultürlichem Eigenleben haben, auch dieselben national-kultürlichen Entwicklungsmöglichkeiten haben, wie das Mehrheitsvolk." Es sei ja „eine unbestrittene Tatsache, daß kein Volk die Kulturbedürfnisse eines andern Kulturvolkes ebenso gut erkennen und befriedigen kann wie dieses selbst." Die Verfassung erkennt das Vorhandensein völkischer Minderheiten an, und das neue Gesetz macht sie zu Körperschaften mit staatlich anerkanntem Steuerrecht. Diese Körperschaften nehmen die Kulturangelegenheiten, insbesondere das Schulwesen, in die Hände, und zwar ohne daß der Staat deswegen seine Geldleistungen an die Unterrichtsanstalten einstellt. Wie die Verhältnisse in Estland für die Deutschen, Russen und Juden sich nun gestalten werden, muß man erst abwarten; auf den Geist und Willen der Regierenden kommt es schließlich immer am meisten an; man kann jedes Gesetz verdrehen oder unter den Tisch wischen, wenn man die Macht, d. h. die Mehrheit in einer Volksvertretung hat. Aber das Gesetz ist ein Fortschritt und wird im Elsaß, in Rumänien und anderswo mit der Hoffnung begrüßt, daß sich in Europa ein neuer Geist bemerkbar mache.

Anderwärts freilich ist von diesem neuen Geist noch wenig zu verspüren. Aber wozu jedes Jahr wieder aufzählen, was alles für empörende Gewalttaten die tschechische, polnische, südslawische, italienische, belgische, litauische Regierung begeht? Es ist überall derselbe Geist: Fanatismus, gepaart mit Heuchelei, Faustrecht, gepaart mit Phrasendrescherei. Nur den Vorgängen an unsern Grenzen sei besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Am ärgsten in ganz Europa treibt es die italienische Regierung; die Südtiroler werden am schlimmsten von allen Min-

derheiten Europas unterdrückt, so arg, daß selbst unsre deutschschweizerische Presse dazu nicht schweigt, die sonst wenig Wärme für unterdrückte Minderheiten aufbringt. Mussolini will ganze Arbeit machen. Nicht nur sind alle deutschen Schulen und ist aller deutscher Unterricht beseitigt; selbst der deutsche Unterricht außerhalb der Schulzeit wird in ganz und gar deutschen Gemeinden verboten, und wenn junge Leute im Ausland Mittel- oder Hochschulen besuchen wollen, erhalten sie keinen Paß zur Ausreise („Nationalzeitung", Basel, 15. Mai). An dem Vorschlag, die deutsche Presse völlig zu beseitigen, ist uns sehr lehrreich, daß er von einem unsrer alten Bekannten ausgeht, jenem Professor Del Vecchio, der 1911 in der „Nuova Antologia" sich unsrer Bündner Romanen angenommen und für Graubünden den süßen Namen geprägt hat: le valli della morente italianità („Schweiz. Bodenseezeitung", Romanshorn, 20. August). Im Senate ist gesagt worden, was man sich bei alledem denkt: Deutschland werde in wenigen Jahren wieder erstarkt sein und bis zu diesem Zeitpunkt müsse die Bevölkerung von Südtirol verwelscht sein („Tägliche Rundschau", Berlin, 5. Hornung). Nun, Mussolini ist gewiß ein kraftvoller, kluger und fähiger Politiker, aber an der Aufgabe, ein Volk seiner Muttersprache zu berauben, wird auch er sich die Zähne ausbeißen. Das hat kürzlich (30. August) Jules Véran in der Pariser „Comoedia" schön gesagt: „Nur eins: mit oder ohne Schulunterricht, die Sprachen sterben nicht. Unterdrückt oder vernachlässigt, kommen sie doch eines Tages wieder hoch oder graben sich ein neues Bett wie jene Quellen, die in der Erde verschwinden und dann viel weiter unten wieder als klare Bäche mit fröhlichem Gemurmel hervortreten. So sind das Polnische, das Finnische, das Kleinrussische aus ihrem Gefängnis triumphierend herausgetreten, so das Gälische, das vor 60 Jahren kaum noch in irgend welchen verlorenen Hütten irischer Bauern gesprochen wurde und jetzt wunderbar auferstanden ist." *) Das gilt natürlich erst recht von der Muttersprache der deutschen Minderheiten, die ja am geschlossenen deut-

---

*) « Seulement, voilà: enseignées ou non, les langues ne veulent pas mourir. Comprimées ou abandonnées, on les voit, un jour, rebondir, ou reprendre un nouveau cours, comme ces sources qui se perdent sous terre, puis reparaissent beaucoup plus loin en nappes claires et chantantes. Ainsi du polonais, du finnois, du petit-russien, qui sont sortis victorieux de leur prison; ainsi du gaélique, qui n'était plus parlé, il y a qnelque soixante ans, que dans de vagues cabanes de paysans perdues au fond de l'Irlande, et dont l'éminent géographe Dubois nous a raconté, dans son livre sur l'Irlande contemporaine, l'étonnante renaissance.»

schen Sprachgebiet und am gesamtdeutschen Sprach- und Kulturleben einen Rückhalt haben, wie er einer gälischen Volkssprache fehlt.

Ehe wir uns zum Elsaß wenden, worüber es diesmal viel zu berichten gibt, sei mit einem Worte des Saargebietes gedacht, das bekanntlich aus Teilen der bairischen Pfalz und der Rheinprovinz zusammengesetzt ist, vom Völkerbund verwaltet wird und im Jahre 1935 durch Volksabstimmung entscheiden soll, ob es bei Deutschland bleiben oder zur französischen Republik kommen will, die heute schon anerkannte Eigentümerin der Bergwerke und damit der große Arbeitgeber der Bevölkerung ist, während völkerrechtlich diese Bevölkerung die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Die dortige Kulturpolitik Frankreichs, das im Saargebiet ganz und gar regiert wie es will und den Völkerbund nur als Firmenschild benützt, geht nun darauf aus, die Abstimmung vorzubereiten; Frankreich hofft den Nachwuchs so zu schulen, daß er bei der Abstimmung für die Abtrennung von Deutschland stimmt. Daher die Gründung von französischen Schulen, zunächst für die eingewanderten — oder eingeführten — Franzosen, dann die Heranziehung deutscher Kinder in diese französischen Schulen durch Druck und Drohung mit der Kündigung — man ist ja der Arbeitgeber der Bergleute —, dann die nationale Umbildung der deutschen Schulen z. B. durch Lehrmittel, die in deutscher Sprache französische Gesinnung zu pflegen suchen. Das Verfahren ist lehrreich, denn es zeichnet sich wegen der besondern Lage durch eine gewisse Korrektheit aus, wenn man mit Elsaß-Lothringen oder Böhmen vergleicht, und liefert Meisterstücke von Schlauheit, — wahrscheinlich umsonst, denn die Saarländer sind wenigstens heute noch keineswegs geneigt, sich von ihren Volksgenossen zu trennen. Ich verweise auf eine ebenso sorgfältige und kluge wie maßvolle und zuverlässige Darstellung der Verhältnisse: Die französischen Schulen im Saargebiet von Prof. Fittbogen (Berlin, Hobbing 1925).

Nun also: Elsaß-Lothringen. Da ist zu sagen, daß nunmehr der offene Widerstand der Bevölkerung gegen die Einschmelzung eingesetzt hat, die, vom französischen Standpunkte aus gesehen, eine selbstverständliche Folge der Rückkehr zum Einheitsstaate Frankreich ist. Es ist nicht Zufall, daß die Dinge gerade jetzt eine neue Wendung genommen haben: die Elsässer haben jetzt nacheinander die verschiedenen Regierungsmänner durchprobiert, und die Hoffnung, daß eine andere Partei es besser machen werde, ist nicht mehr möglich. Dazu kommt: die frühern Staatsmänner, be-

sonders Millerand und Poincaré, hatten wenigstens die kirchlichen Gefühle der katholischen Elsässer etwas geschont, die jetzigen befriedigen auch in dieser Hinsicht immer weniger.

Freilich, unsere Zeitungen stellen die Dinge so schön wie möglich hin und tun so, als ob zwei endlich erlaubte deutsche Aufführungen im Straßburger Stadttheater (Don Karlos und Faust, vom Basler Stadttheater gespielt) einen Bruch mit der vorherigen Unterdrückungspolitik bildeten. In Wirklichkeit sind gerade die Theaterverhältnisse Straßburgs eine Schande, die durch die beiden gnädigst gewährten Aufführungen nur in grelleres Licht gerückt wird. Denn während das Theater vor leeren Bänken spielt, weil $^4/_5$ der Stadtbevölkerung einem französischen Stück nicht folgen können, muß die deutsche Stadt aus ihrer Kasse den daraus erwachsenden Fehlbetrag decken, seit 1920 sind es 6½ Millionen Franken. Also: man verunmöglicht den Straßburgern den Theaterbesuch und nötigt sie zugleich, einer kleinen Schar von Eingewanderten die Unkosten ihrer Vergnügungen zu bezahlen („Die Zukunft", Straßburg, 29. August).

Am 2. Christmonat 1924 fand denn auch eine große Aussprache in der Kammer statt. Ziemlich zahm, aber doch etwas lauter als sonst, brachten die elsässischen Abgeordneten einige Beschwerden vor. Herriot, damals Ministerpräsident, bemühte sich zu beschwichtigen und zugleich sich zu verteidigen. Seine Rede, sein „émouvant discours", enthielt sehr lehrreiche Sätze, daneben eine Menge der landesüblichen selbstgefälligen Redensarten zum Lobe Frankreichs. Z. B.: „Frankreich hat im Elsaß die einzigen zweisprachigen Schulen der Welt eingerichtet" (3 Wochenstunden Deutschunterricht vom vierten Schuljahr an dürfen erteilt werden, wenn die Lehrkräfte dazu imstande sind!). Im übrigen marschiert das auch geistig eine und unteilbare Frankreich auf. Wir haben immer gesagt, daß Frankreich vermöge seiner Geschichte und geistigen Eigenart gegen die elsässische Eigenart nicht duldsam sein könne; Herriot bestätigt das mit dem Satze, daß „dem französischen Wesen die Einheit eigen sei und nicht der Regionalismus"; „die Eigenart Frankreichs, seine Kraft und sein Kampfmittel gegen allfällige Gefahren ist, daß in seinem Metall die Legierung vollkommen ist und deren Bestandteile nicht mehr zu erkennen sind." Sehr richtig, Herr Herriot, so steht es mit Frankreich, oder fast so, aber mit diesem Frankreich kann Elsaß, kann Lothringen nicht zusammenleben, denn ihr germanischer Geist geht keine solchen Legierungen ein.

(„Basler Nachrichten" vom 3. Christmonat, „Nordschweiz" vom 10. Christmonat, „Züricher Post" vom 11. Christmonat, L'Oeuvre vom 3. Christmonat, Le Journal vom 3. Christmonat, L'Homme libre vom 3. Christmonat, Le Sémaphore, Marseille, vom 3. Christmonat.)

So merken denn die Elsässer allmählich, daß ihre Knechtung nicht ein Zwischenfall der Uebergangszeit war, sondern zur Einheitsrepublik gehört. Daraus suchte nun zunächst die kommunistische Partei Nutzen zu ziehen; daß ein so konservatives Volk wie das elsässische 56,000 kommunistische Stimmen bei den Wahlen abgegeben hat, ist ja auch schon bedeutsam genug. Im März hielt der Abgeordnete Hueber wirklich in der Kammer die längst angedrohte Rede auf Elsässer Ditsch. Die Sache verlief ohne Lärm, und französische Politiker gaben sogar zu, daß kein Gesetz den Gebrauch des Französischen in der Kammer vorschreibe, im Elsaß aber haben auch Huebers politische Gegner sein Vorgehen gebilligt. Er selbst stellt (L'Humanité vom 20. März) Forderungen auf, die endlich klar lauten: Das elsässische Volk verlange die deutsche Amts- und Schulsprache. Die in Metz erscheinende „Volkstribüne" redet eine stahlharte Sprache: „Wir rufen die Arbeiter und Bauern Elsaß-Lothringens zum Kampf auf für die Erhaltung ihrer geistigen und stofflichen Güter, zum Kampf für die Erhaltung der Muttersprache." Seither ist die kommunistische Partei Frankreichs bis zur Forderung eines selbständigen Elsasses (l'autonomie) gegangen, und unter allgemeinem Beifall des Elsasses hat sie in Straßburg eine Versammlung von 710 Mann gehalten, die für sofort verlangen: 1. Für jede Gruppe der Bevölkerung soll in Verwaltung, Gericht, Schule die Sprache dienen, für die sich die Mehrheit am Orte ausgesprochen hat; Zurückziehung der französischen Beamten; 2. die elsaß-lothringischen Soldaten haben das Recht, ihre Dienstzeit in Elsaß-Lothringen abzumachen; 3. selbständige Verwaltung. In einem offenen Brief an die Regierung wird Selbstbestimmungsrecht und Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen über das weitere Schicksal des Landes verlangt („Züricher Post" vom 3. Weinmonat).

Das sind ja nun zunächst bloß die Kommunisten. Aber eine überparteiische, trefflich geschriebene Wochenschrift „Die Zukunft, Unabhängige Wochenschrift zur Verteidigung der Elsaß-Lothringischen Heimat- und Volksrechte", vertritt ähnliche Forderungen, und zwar mit unerhörtem Erfolg. Auch sonst geht es überall aus einem neuen Ton. Nicht mehr triefen alle Artikel von Beteuerungen, daß man

ja froh sei, zum Mutterland zurückgekehrt zu sein; man spricht nüchtern von den Dingen, wenn man nicht gar „Befreiung" und „Mutterland" mit höhnischen Gänsefüßchen versieht. Mit der Behauptung, deutsch sei nicht die Muttersprache der Elsässer, wagt im Elsaß niemand mehr zu kommen. Die alten Kämpen für französisches Wesen, Wetterlé, Zislin haben vollständig ausgespielt. Was insbesondere die sprachlichen Forderungen der Elsässer betrifft, so druckt selbst eine bürgerliche Zeitung von Paris, der bekannte „Eclair", mit wohlwollendem Zusatz den Brief eines Elsässers ab, worin der Verfasser — er nennt sich allerdings Jules Pax, darf also wohl nicht sagen, wer er ist — sagt, zur elsässischen Mundart gehöre das Hochdeutsche als complément naturel, „das Deutsche ist zurzeit ein notwendiges Uebel oder Gut für den Unterricht unserer Kinder". Und von der berühmten méthode directe, diesem abergläubisch verehrten Götzen der Verwelschungsschulmänner, heißt es hier: „Méthode directe? mauvais système qui néglige la grammaire et l'orthographe."

Die Schwäche der Elsässer ist, daß sie keine Führer haben, weil das politisch tätige Bürgertum verwelscht oder doch zur Verwelschung bereit ist, weil die Politik in Frankreich von Berufspolitikern gemacht wird, denen Partei und selbsteigene Anliegen wichtiger sind als die Volkssache. Erst wenn das durch und durch verlogene bisherige Volksvertretertum verschwindet und das Elsaß statt Herren Männer in die Kammer schickt, kann es mit seinen Forderungen durchdringen. Der Kampf hat Bedeutung für ganz Europa. Wenn es sich nicht mehr vertuschen läßt, daß das Elsaß wegen seiner deutschen Eigenart in offener Auflehnung gegen Frankreich steht und seine geistige Eigenart zu wahren verlangt, dann ist das etwas ganz anderes, als wenn man dergleichen aus Rumänien oder Kärnten hört. Man muß deshalb diesem Kampfe mit der größten Spannung zusehen. Er wird, wenn er glücklich verläuft, auch auf unser Land den größten Einfluß ausüben — man denke nur an die Zukunft der Stadt Basel. Er ist, da in Flandern und im Saarland ein ähnlicher Kampf tobt, ein Glied des Befreiungskampfes der westlichen germanischen Gesittung, ein Glied des tausendjährigen Ringens um das Erbe Lothars, und zwar in den neuen Formen einer neuen Zeit: der Kampf wird nicht mehr allein unter den Brüdern des Königshauses, Ludwig und Karl, ausgefochten, die Untertanen Lothars treten selbst auf den Plan: sie wollen bestimmen, wohin sie gehören.

Eduard Blocher.